

„Fürsorgepflicht für alle Bauwilligen“

Rat stellt Antrag zurück und beschließt Aufstellung eines Bebauungsplans

Weingarten. Einstimmig beschloss der Gemeinderat Weingarten die Aufstellung eines Bebauungsplans für das Quartier Bahnhof-, Schiller- und Höhefeldstraße. Anlass war ein Bauantrag für die Bebauung in zweiter Reihe in der Bahnhofstraße 122. Dieser beinhaltet den Neubau eines Mehrfamilienhauses mit fünf Wohneinheiten, die insgesamt neun Stellplätze erfordern.

Der Antrag hätte nach Paragraph 34 Baugesetzbuch („Einfügen in die Umgebung“) beurteilt werden müssen. Da bereits in der Vergangenheit eine massive Bebauung eines benachbarten Grundstücks erlaubt wurde, war eine Nichtgenehmigung schwer begründbar. Der Ausschuss für Umwelt und Technik (AUT) hatte als vorberatendes

Gremium das Grundstück besichtigt und dem Gemeinderat empfohlen, aus Gründen des Nachbarschutzes den Bauantrag zurückzustellen und einen Bebauungsplan aufzustellen, denn eine Verwirklichung dieses Bauantrags hätte eine Bebauung der benachbarten Grundstücke unmöglich gemacht.

Dieser Empfehlung war der Gemeinderat nun gefolgt. Mit diesem Beschluss seien die Voraussetzungen geschaffen, dass der AUT, in dessen Geschäftsbereich die Zurückstellung eines Bauantrags fällt, diese in seiner nächsten Sitzung beschließen kann, erklärte Bürgermeister Eric Bänziger.

„So wird anderen Grundstückseigentümern die Baumöglichkeit erhalten, was anders nicht gegeben wäre“, sagte

Hans-Martin Flinspach (WBB). „Wir sollten langfristig keine Quartiere in Weingarten mehr nach Paragraph 34 bewerten. Das ist nachbarschaftsschädigend. Am besten wäre, alles nach und nach zu überplanen“, schlug Klaus Holzmüller (FDP) vor.

„Wir haben eine Fürsorgepflicht für alle Bauwilligen“, meinte Monika Lauber (Grüne). Gerald Lopp (CDU) sagte, nur ein Bebauungsplan verleihe Planungssicherheit und schaffe Nachhaltigkeit, damit eine maßvolle Nachverdichtung auch späteren Generationen noch gewährleistet sei.

Weitere Bebauungspläne zu schaffen, sei auch in seinem Sinne und im Sinne der Agenda 2025, schloss der Bürgermeister. Marianne Lothar

